

Editorial

Keine Experimente mit den Pensionskassen

Der Kanton Bern und der BSPV haben ein gutes Jahr hinter sich. Die Wirtschaft wächst erfreulich und stetig, die Staatsverschuldung konnte weiter abgebaut werden, für das Lohnsummenwachstum stehen in Zukunft mehr Mittel zur Verfügung, und der Verband konnte seine Mitgliederzahl und damit seine Schlagkraft erhöhen.

Jeder Blick zurück zeigt neben den Erfolgen immer auch kleinere Enttäuschungen. Weder personalrechtlich brisante Abstimmungen noch publikumswirksame Grossversammlungen standen im Jahr 2006 auf dem Programm.

Pensionskassen unter Beschuss

Es ist vielmehr der zähe Abwehrkampf gegen unnötige Verschlechterungen bei den Pensi-

onskassenregelungen, der die Geschäftsleitung stark beschäftigte.

Eine Gesetzesänderung bei der Bernischen Pensionskasse BPK und das undurchsichtige Projekt FUTURA zu den Vor- und Nachteilen eines allfälligen Primatwechsels stellen unseren Verband vor Herausforderungen.

Grossrats- und Regierungsratswahlen

Am 6. April fanden turnusgemäss die kantonalen Wahlen statt. Es freut uns, dass unsere beiden Verbandsmitglieder Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher in den Regierungsrat gewählt wurden.

Auch im Grossen Rat war unser Verband erfolgreich. Mit Markus Meyer (SP) wurden der Präsident des Polizeiverbandes und mit Matthias Burkhalter (SP) der Geschäftsführer des BSPV wiedergewählt. Zudem schafften gleich zwei Staatsangestellte den Sprung in die kantonale Legislative: Annelise Vaucher (SVP), langjährige Präsidentin der Union du personnel, und Walter Messerli (SVP), Oberrichter. Weitere Kandidaten warten auf dem ersten Ersatzplatz auf einen Einzug ins Rathaus.

Inzwischen sind zahlreiche weitere Grossräte unserem Verband beigetreten. Da sie für ihr Sitzungsgeld ab Mitte Jahr AHV-Beiträge leisten müssen, sind sie ja schliesslich auch Staatsangestellte und in unseren Reihen ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit jederzeit willkommen.

Unsere Dachorganisation «angestellte bern» hatte insgesamt 17 angestelltenfreundliche Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl empfohlen. Von diesen wurden 13 in den Grossen Rat gewählt. Dies ist ein Zeichen für den politischen Einfluss, den die Angestellten haben und noch vermehrt haben könnten.

Abstimmungen mit ungewissen Folgen

Das wuchtige Volksmehr mit einem Ja-Stimmenanteil von 73,1 Prozent bei der Abstimmung über die Kinderzulagen zeigte auf Bundesebene, dass die Bevölkerung durchaus Verständnis für sozialpolitische Fragen hat. Es wird nun darum gehen, die Neuregelung mit den einheitlichen Mindestansätzen auf Kantonsebene umzusetzen und darauf zu achten, dass für das Staatspersonal keine Verschlechterung der bisherigen familienfreundlichen Regelungen eintritt.

Mit grosser Skepsis haben die Direktbetroffenen die kantonale Abstimmung zur Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung und der Justizreform aufgenommen. Die Zustimmung mit 58,3 und 73,8 Prozent zeigt aber ein deutliches Verdikt. Es gilt, dieses zu akzeptieren und die Umsetzung in allen Bereichen personalverträglich auszugestalten.

Unterstützung politischer Aktionen

Unsere aktive Unterstützung erhielt die Tagesschulinitiative, die unter der Führung unserer Partnerorganisation Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE) lanciert und erfolgreich eingereicht werden konnte. Den Mitgliedern wurde der Sammlungsbogen mit dem «diagonal» zugestellt.

Unter dem Namen «zäme geits» sind die Ver-

Inhalt/Sommaire

Pensionskassen unter Beschuss	6
Lohn und Arbeitszeit	8
Leitbild	10
Sektionen als Rückgrat	11
Mitgliederentwicklung	12
Dienstleistungen/Totentafel	13
Dienstjubiläen	14
Jahresrechnung	15

Rapport annuel 2006

Une fois de plus, le rapport annuel du Comité directeur est publié en langue allemande dans notre journal «diagonal». Les membres de langue française recevront la version française par courrier séparé.



bände des bernischen Gesundheitswesens zusammengeschlossen. Auch der BSPV ist betroffen, da er vier Sektionen aus dem Gesundheitsbereich hat. Am 14. Juni fand eine Aktion statt, die auf die ungleichen Löhne von Mann und Frau im Gesundheitswesen hinwies. Dem Finanzdirektor wurden symbolisch Einzahlungsscheine für Nachzahlungen überreicht.

Anpassungen des Personalrechts

Auch im Berichtsjahr wurde das Personalrecht neuen Gegebenheiten angepasst. Die

wesentlichste Neuerung ist die Einführung von Langzeitkonti auf den Beginn des Jahres 2007. Der Begriff der Überzeit verschwindet und wird durch die Gleit- respektive Jahresarbeitszeit vollständig ersetzt. Es empfiehlt sich wie schon früher, die GLAZ-Zeit tendenziell abzubauen und eher Ferienguthaben zu äufnen. Diese können zusammen mit nicht bezogenen Treueprämien neu auf einem Langzeitkonto für den späteren Bezug angespart werden. Das ist ein begrüßenswerter Schritt hin zur Lebensarbeitszeit.

Mit grosser Verärgerung mussten wir feststellen, dass der Regierungsrat am 28. Juni

personalrechtliche Veränderungen (Universitätsverordnung, Fachhochschulverordnung und indirekt auch Stellenvermittlungsverordnung) vorgenommen hatte, ohne die Personalverbände auch nur über das Vorhaben zu orientieren. Die Sozialpartnerschaft ist noch verbesserungsfähig.

Der BSPV hat im Jahr 2006 einiges erreicht. Fürs nächste Jahr gilt es, Bewährtes zu erhalten und Neues voranzutreiben. Insbesondere gilt für die Geschäftsleitung weiterhin das Motto «Keine Experimente mit den Pensionskassen!».

Die Geschäftsleitung

Pensionskassen unter Beschuss

Resolution verlangt: Kein weiterer Abbau der Altersvorsorge

Die Bernische Pensionskasse, BPK, ist kerngesund. Die Bernische Lehrerversicherungskasse, BLVK, ist auf dem besten Weg der Besserung. Trotzdem können es unbedachte Politikerinnen und Politiker nicht lassen, Hand an unsere Altersvorsorge zu legen.

Obwohl dies stets verneint wird, sind immer Spargedanken der Hintergrund solcher Interventionen. Die Abgeordnetenversammlung hat deshalb einstimmig eine Resolution verabschiedet, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Spiel mit dem Feuer

Mit verschiedenen parlamentarischen Interventionen wurde der Regierungsrat verpflichtet, dem Grossen Rat einen Bericht über die Vor- und Nachteile des Leistungs- und des Beitragsprimats vorzulegen. Erste Informationen liessen vermuten, dass die Projektgruppe nicht bloss einen Bericht erarbeitet, sondern weit über das Ziel hinaus-schiesst und gleich einen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat vorbereitet. Vielleicht ist dieser Verdacht unbegründet, da in den Arbeitshypothesen der Projektgruppe festgehalten wird, «dass ein Primatwechsel kein Sparpaket sein dürfe und Verschlechterungen der Vorsorgelösungen insgesamt vermieden werden sollen». Da ein Primatwechsel erfahrungsgemäss hohe Um-

stellungskosten verursacht, wenn kein Leistungsabbau stattfinden soll, ist der Verzicht auf eine Sparübung nicht mit einem Primatwechsel vereinbar.

Deutliche Meldungen

Die Personalverbände lehnen einen Primatwechsel als nicht notwendige Massnahme vollumfänglich ab und hoffen, dass auch die

Resolution der Abgeordnetenversammlung

Die Abgeordnetenversammlung des Bernischen Staatspersonalverbandes BSPV

- | | |
|-------------------|---|
| verweist | auf die hohe Bedeutung der beruflichen Altersvorsorge als Bestandteil der Anstellungsbedingungen; |
| erinnert | an die auf den 1. Januar 2006 erfolgte Verschärfung des Invaliditätsbegriffs (Wechsel von der Berufsinvalidität zur Erwerbsinvalidität), die einen Leistungsabbau zur Folge hat; |
| rechnet | im Rahmen der geplanten Teilrevision des Gesetzes über die Bernische Pensionskasse (BPKG) mit einer Mehrbelastung der Versicherten, insbesondere bei den Verdiensterhöhungsbeiträgen; |
| erkennt | angesichts des ausgeglichen Leistungsplanes und der soliden finanziellen Lage der BPK keine sachlichen Gründe für einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat; |
| befürchtet | von einem allfälligen Primatwechsel ein einseitiges Abwälzen der Risiken (Anlagerisiko, Inflationsrisiko) auf die Versicherten; |
| fordert | bei einem Primatwechsel eine vollumfängliche Besitzstandsgarantie, Bewahrung der Nachfinanzierung von Verdiensterhöhungen sowie eine ausgewogene Verteilung des Anlagerisikos; |
| beauftragt | die Geschäftsleitung, sich gegen einen weiteren Abbau der Altersvorsorge zur Wehr zu setzen und die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um wenn nötig das Referendum zu ergreifen. |



Die Abgeordnetenversammlung des BSPV beauftragte die Geschäftsleitung, sich gegen einen weiteren Abbau der Altersvorsorge zur Wehr zu setzen. Müssen wir bald wieder die Fahnen auspacken?

Regierung und das Parlament auf ein Spiel mit dem Feuer verzichten.

Einen Eindruck der Haltung engagierter BSPV-Mitglieder erhielt der Finanzdirektor, als er an der Versammlung der BPK-Delegierten ausschliesslich Leistungsprimatbefürworter zu Wort kommen liess. Die Meldungen aus dem Publikum liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Auch das Befremden darüber war bemerkbar, dass im Projektausschuss offensichtlich nur Befürworter des Beitragsprimats zugelassen sind und eine Vertretung des BSPV ausdrücklich nicht erwünscht ist.

Hohe Anforderungen

Für die Amtsdauer 2006–2009 waren die Delegierten der BPK neu zu wählen. Die Personalverbände BSPV, vpod und SBK übernahmen den administrativen Aufwand und teilten sich die Mandate nach ihrer Stärke auf. Auf die Staatsangestellten fallen anteilmässig 104 von 150 Delegierten. Davon nominierte der BSPV 85 Vertreterinnen und Vertreter, der vpod deren 15 und der SBK 4. Dazu kommen noch einige weitere BSPV-Mitglieder aus anderen Organisationen (Insel, AKB/IVB, StUB).

Da die BSPV-Vertretung einen entscheidenden Einfluss auf die BPK hat, wurde diese am 19. Juni erstmals vor der Delegiertenversammlung zu einer Informationsveranstaltung im «Hotel Bern» eingeladen. Die Ge-

schäftsleitung orientierte über das Dreisäulenprinzip der Altersvorsorge, die BPK, das Leistungs- und Beitragsprimat sowie die Traktanden der anstehenden Delegiertenversammlung.

Die Schaffung eines Büros der Delegiertenversammlung war ein Schritt hin zur vermehrten Wahrnehmung der Eigenverantwortung der Versicherten auf ihre eigene Pensionskasse. Die Geschäftsleitung des BSPV stellt drei Vertreter in diesem Büro, das vermehrt Einfluss auf die Geschäfte nimmt.

Renten auf Sparflamme

Seit Jahren wird den Rentnerinnen und Rent-

nern der Teuerungsausgleich verweigert. Bei hohen Teuerungsraten würde so schnell ein massiver Notstand entstehen. Aber auch bei der zurzeit geringen Teuerung besteht mittlerweile ein Kaufkraftverlust von 12 Prozent seit 1992.

Mit erheblicher Verärgerung hat die Rentnervereinigung an ihrer Jahresversammlung eine Protestresolution verabschiedet.

Die regierungsrätliche Antwort auf den Protest der Rentnerinnen und Rentner ist der daraufhin eingereichten Interpellation des Geschäftsführers Matthias Burkhalter zu entnehmen. Sie ist abrufbar unter www.bspv.ch/d/aktuell.

Resolution der Rentnervereinigung

«Anlässlich der Jahresversammlung fasste die Rentnervereinigung des Staatspersonals des Kantons Bern einstimmig folgende Resolution:

- Die Rentnervereinigung
- protestiert gegen die Verweigerung des Teuerungsausgleichs auf den Renten,
- ist enttäuscht, dass bei einem Jahresgewinn von 904 Millionen Franken kein Zeichen für die Rentner gesetzt wird,
- stellt fest, dass der Kaufkraftverlust auf den Renten in den letzten 15 Jahren über zehn Prozent beträgt,
- ist verärgert, dass seit vier Jahren jeglicher Teuerungsausgleich gestrichen wurde,
- erwartet, dass bei ausgezeichnetem Geschäftsverlauf der Pensionskasse alle profitieren,
- hofft eindringlich, dass der Staat seine Verantwortung gegenüber den Rentnern wahrnimmt,
- ist nicht mehr bereit, die rentnerfeindliche Haltung der Pensionskasse mitzutragen.»

Lohn und Arbeitszeit

Mit der Umsetzung des Leistungslohns hapert es immer noch. Auf den Jahresbeginn 2006 standen erneut bloss 0,5 Prozent für den Teuerungsausgleich und 0,5 Prozent für den Stufenanstieg zur Verfügung. Für den Jahreswechsel 2006/2007 wurde diese Summe erfreulicherweise verdoppelt. Am Ziel ist das Personal damit aber noch lange nicht.

Um unser BEREBE-Lohnsystem, das einen Aufstieg über zwölf Einstiegs- und 80 Gehaltsstufen vorsieht, optimal umzusetzen, braucht es jedes Jahr mindestens einen Stufenanstieg von durchschnittlich drei Stufen. Ein solcher Anstieg verursacht über den gan-

zen Personalkörper ein Gehaltssummenwachstum von insgesamt 1,5 Prozent.

Leistungslohn verweigert

Das Minimalziel wären sechs von zehn möglichen Stufen für die Qualifikation A++, vier von maximal sechs Stufen für die Beurteilung A+ und zwei Stufen für gute Leistungen mit der Bewertung A.

Weniger Mittel schaffen einen Nachholbedarf, der in späteren Jahren fast nicht mehr aufgeholt werden kann. Das Lohngefüge klappt durch das Miniwachstum der letzten Jahre schon jetzt auseinander. Wer seine maximalen Qualifikationen in den Sparjahren erhielt, wurde schlecht belohnt. Dass der vollumfängliche Teuerungsausgleich zum

Liste der Sparpakete 1991–2007

1. MHG I
Massnahme Haushaltsgleichgewicht I
2. MHG II
Massnahme Haushaltsgleichgewicht II
3. MHG III
Massnahme Haushaltsgleichgewicht III
4. ASP
Anschlussprogramm
5. HS '99
Haushaltsanierung
6. Massnahmen 97
Massnahmen
7. LSP
Legislaturanierungsprogramm
8. NMH
Neues Massnahmenprogramm zur Haushaltsanierung
9. SAR (und SAR-E)
Strategische Aufgabenüberprüfung
10. S3/Aufgabendialog
Schwerpunktprogramm 3
Schuldenabbau



Der Zentralvorstand liess sich vom Geschäftsführer des Solothurnischen Staatspersonalverbandes, Pirmin Bischof, aus erster Hand über seine Erfahrungen mit dem GAV informieren.

Leistungslohn gehört, versteht sich eigentlich von selbst. Durch seine zu restriktive Lohnpolitik hat der Kanton Bern als Arbeitgeber inzwischen Rekrutierungsschwierigkeiten bei besonders qualifiziertem Personal. Dies ist von allerhöchster Stelle inzwischen erkannt worden.

Noch mehr sparen?

Schon im Februar 2005 startete der Regierungsrat sein 10. Sparprogramm seit 1991. Zuerst segelte das Projekt unter dem Namen S3 (Schwerpunktprogramm 3 Schuldenabbau). Da der Name Ängste weckte, wurde das Programm in das unverbindliche «Aufgabendialog» umgetauft.

Das Projekt sieht keinen reinen Leistungs-, sondern auch einen Aufgabenabbau vor. Es sollen nicht planlos Ressourcen gestrichen werden, wie das auch schon gefordert und getan wurde. Nein, es soll vielmehr geprüft werden, ob der Kanton Leistungen erbringt,

die nicht zwingend vorgeschrieben sind. Dies scheint ein unbestrittener Ansatz zu sein. Umzusetzen ist er allerdings sehr viel schwieriger, denn der BSPV ist überzeugt, dass der Kanton Bern kaum Leistungen erbringt, die es nicht braucht.

Skeptische Distanz

Im Berichtsjahr wurden Expertinnen und

Experten von einem Projektteam befragt. 2007 soll zudem die Bevölkerung konsultiert werden. Im Mai 2007 soll dann der Schlussbericht der externen Experten vorliegen und das weitere Vorgehen beschlossen werden.

Der BSPV verfolgte den Projektablauf im Berichtsjahr aus skeptischer Distanz und ist bereit, auf sinnvolle, wohlüberlegte und perso-

nalverträgliche Vorschläge einzutreten. Er kann sich aber auch vorstellen, dass das Projekt ohne weitere Folgen abgeschlossen und abgeschlossen wird.

Arbeitszeit

Die Einführung der fünften Ferienwoche für alle Kantonsangestellten ist eine langjährige Forderung des BSPV.

Die Sozialpartnergespräche zeigten im Berichtsjahr, dass dieses Anliegen inzwischen als berechtigt beurteilt wird. Auf den 1. Januar 2006 sind die so genannten Kompensationstage (Nachbezug von Feiertagen, die auf arbeitsfreie Tage fallen) fest in den Ferienanspruch eingebaut worden, so dass der minimale Ferienanspruch nun vier Wochen und zwei Tage beträgt.

Die fehlenden drei Tage müssen demnächst gewährt werden, denn alle vergleichbaren Arbeitgeber haben tiefere Jahresarbeitszeiten als der Kanton Bern.

Klarer Stellungsbezug

Mitte Jahr orientierten der Präsident und der Geschäftsführer die Medien über die personalpolitischen Perspektiven des Verbandes. Wir zitieren daraus die Kernpunkte der präsidentialen Aussagen (siehe Kasten links).

Neue Perspektive GAV

Das neue Personalgesetz gibt dem Regierungsrat und den Personalverbänden die Möglichkeit, einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abzuschliessen. In vielen Branchen, aber auch im Kanton Solothurn ist ein solcher GAV ein sehr taugliches Mittel der Sozialpartnerschaft. In gegenseitiger Absprache können viele Probleme gelöst werden, ohne dass stets eine Gesetzes- oder Verordnungsänderung nötig ist.

Der BSPV erachtet einen GAV für das kantonale Verwaltungspersonal oder alle Kantonsangestellten (inklusive Lehrkräfte und Angestellte des subventionierten Bereichs) als ein sehr prüfenswertes Instrument. Der Geschäftsführer des Solothurnischen Staatspersonalverbandes orientierte den Zentralvorstand an dessen Herbstsitzung ausführlich über die Vor- und Nachteile einer solchen Regelung und auch über den beschwerlichen Weg bis zum Abschluss einer solchen Vereinbarung.

Erfreulicherweise hat parallel dazu auch die Finanzdirektion die Prüfung der GAV-Idee vorgenommen. Dem Verband stellt sich in dieser Hinsicht eine anspruchsvolle und durchaus prüfenswerte Perspektive.

Personalpolitische Forderungen

Nachdem das Staatspersonal bereits seit Jahren punkto Arbeitszeit- und Ferienregelung einen Rückstand gegenüber grossen Teilen der Privatwirtschaft aufweist, ist der Kanton Bern heute auch lohnmassig nicht mehr konkurrenzfähig.

Zudem besteht im Bereich der Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit sowie für Pikettdienst Nachholbedarf. Die fehlende Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt stellt für den Kanton Bern angesichts der positiven Konjunkturentwicklung ein erhebliches Risiko dar.

15 Jahre Abbau sind genug

Das Staatspersonal blickt mit Bitternis auf die seit rund 15 Jahren andauernde Phase des Abbaus zurück. Im Rahmen von neun Sparpaketen ist der kantonale Haushalt weitgehend auf dem Buckel des Personals saniert worden.

Die Angestellten waren dabei gleich mehrfach betroffen:

- Der massive Stellenabbau ohne entsprechenden Leistungsabbau führte häufig zu einer gefährlichen Überlastung.
- Die wiederholte Verweigerung des Teuerungsausgleichs hatte einen Kaufkraftverlust beziehungsweise einen Reallohnabbau von insgesamt gegen zehn Prozent zur Folge.
- Die rigide Beschränkung der Mittel für individuelle Lohnerhöhungen liess das vor bald zehn Jahren eingeführte Leistungslohnsystem zur Farce werden.
- Insbesondere die so genannt «unechte SAR-Massnahme» (Beschränkung des jährlichen Lohnsummenwachstums für Teuerungsausgleich und individuelle Lohnmassnahmen auf ein Prozent) verursachte in den letzten vier Jahren eine verbreitete Resignation.

Weitere Verschlechterungen

Neben dem mit Sparmassnahmen begründeten Abbau erfolgten in den letzten 15 Jahren zahlreiche weitere Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen, welche insgesamt einen massiven Sozialabbau darstellen.

Aus personalpolitischer Sicht besonders einschneidend und umstritten waren folgende sechs Massnahmen:

- Die Aufhebung des Beamtenstatus bedeutete den Verlust einer relativ hohen Arbeitsplatzsicherheit.
- Mit der Abschaffung der Familienzulage erlitten verheiratete Angestellte ohne Anspruch auf Kinderzulagen eine jährliche Einkommenseinbusse von rund 3600 Franken.
- Mit der Abschaffung der Sonderrente bei unverschuldetem Stellenverlust für 45- bis 56-jährige Angestellte stieg das Entlassungsrisiko.
- Mit der Änderung des Invaliditätsbegriffes bei der Bernischen Pensionskasse BPK (von der Berufsinvalidität zur Erwerbsinvalidität gemäss IVG) erfolgte ein weiterer Sozialabbau.
- Mit der Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs verschlechterte sich die Lohnperspektive insbesondere in den unteren Lohnbereichen.
- Die ungenügenden Übergangsbestimmungen bei der Neuregelung der Treueprämie trafen viele langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Der BSPV hat sich frisch positioniert

Das neue Leitbild wurde demokratisch erarbeitet

In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen für die Angestellten des Kantons Bern stark verändert. Die härtere Gangart hatte auch Auswirkungen auf die Politik und die Strategie des BSPV. Damit sich der Verband neu positionieren kann, hat der BSPV ein Leitbild erarbeitet.

Die Staatsangestellten erhielten früher neben dem Teuerungsausgleich regelmässige Realloohnerhöhungen. Heute müssen sie froh sein, wenn wenigstens ein Teil der Teuerung ausgeglichen wird.

Der BSPV musste seine Strategie diesen veränderten Bedingungen anpassen. Die Geschäftsleitung hat sich für eine breit abgestützte Erarbeitung eines neuen Leitbildes entschieden.

Über dreissig Teilnehmende aus fast allen Sektionen erarbeiteten an einem eintägigen Seminar im August unter professioneller Anleitung das Leitbild. Als Arbeitsgrundlage hatte die Geschäftsstelle zusammen mit der Geschäftsleitung ein Papier erarbeitet.

Unterstützt und angeleitet von der Moderatorin Verena Gysin zerbrachen sich die Teilnehmenden den Kopf über zentrale Fragen der Verbandspolitik. Neben den intensiven Diskussionen in Kleingruppen und im Plenum kamen auch die informellen Kontakte über die Sektionsgrenzen hinweg nicht zu kurz.

Nicht ganz überraschend reichte ein Tag nicht, damit alle Sätze des Leitbildes ausformuliert werden konnten, doch die Erörterungen gingen weit genug, dass sie der Geschäftsstelle wenig Schwierigkeiten bereiteten, daraus einen in sich stimmigen Leitbildentwurf zu formulieren. Dieser Entwurf ging anschliessend in die Vernehmlassung an alle Teilnehmenden der Tagung, bevor er mit den Reaktionen und Anregungen von der Geschäftsleitung durchgearbeitet wurde. Der Zentralvorstand verabschiedete das redigierte Leitbild an seiner Herbstsitzung schliesslich ohne weitere Diskussionen einstimmig.

Leitbild des BSPV

Wir sind der Service public

- Wir sind eine demokratische, dynamische und zukunftsorientierte Nonprofit-Organisation und vertreten die Interessen der Angestellten des Service public gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit.
- Wir setzen uns in solidarischer, fortschrittlicher und glaubwürdiger Art für unsere Mitglieder aller Altersstufen ein.
- Wir sind parteipolitisch und finanziell unabhängig und konfessionell neutral.

Wir engagieren uns

- Wir engagieren uns für fortschrittliche Anstellungsbedingungen und gerechte Löhne für die Angestellten des Service public und bekämpfen Diskriminierungen.
- Wir setzen uns für eine sichere Altersvorsorge ein, verfolgen die Entwicklung der Pensionskassen kritisch und nehmen auf deren Tätigkeit Einfluss.
- Wir informieren unsere Mitglieder regelmässig, umfassend und objektiv.
- Wir fördern die Vernetzung und den Zusammenhalt der Berufstätigen und der Pensionierten über die Berufsgrenzen hinweg.

So gehen wir vor

- Wir verfügen über ein aktives und breit abgestütztes Netzwerk und nehmen politisch Einfluss. Wir führen Aktionen durch, um die Interessen unserer Mitglieder zu wahren und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.
- Wir engagieren uns in allen Themen, die in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit Arbeits- und Lohnfragen stehen, und vertreten dabei fortschrittliche Standpunkte, die dem modernen Zusammenleben entsprechen.
- Wir betreiben eine Geschäftsstelle, die gegenüber den Mitgliedern, den Sozialpartnern und der Öffentlichkeit professionelle Dienstleistungen erbringt.
- Wir beraten unsere Mitglieder in Fragen des Personalrechts und der Pensionskassen sachlich und kompetent. Bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis übernehmen wir Anwalts- und Verfahrenskosten.

Wir kooperieren

- Wir kooperieren mit anderen kantonalen Personalverbänden und Gewerkschaften, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.
- Wir arbeiten mit Staatspersonalverbänden aus anderen Kantonen zusammen und kooperieren in Sachfragen mit anderen sozialen oder politischen Organisationen.

Wir kommunizieren und informieren

- Wir pflegen eine offene und wertschätzende Kommunikation.
- Wir fördern den Dialog in unserer Mitgliederzeitung und mit den Möglichkeiten der modernen Informationstechnologien.
- Unsere Mitglieder reden mit und beteiligen sich aktiv an der Verbandsarbeit.
- Wir sind untereinander solidarisch und unterstützen uns gegenseitig.

Mit unserem Engagement füllen wir die Leitsätze mit Leben und machen sie so zur Grundlage unserer gemeinsamen Philosophie und unseres täglichen Wirkens.



Sektionen sind das Rückgrat des Verbandes

Ein lebendiger Personalverband

Unsere Sektionen sind das Rückgrat des Verbandes. In über 40 Sektionen wird über berufs- und verbandspolitische Anliegen diskutiert. Anstehende Reorganisationen, Berufskleider, Arbeitszeitregelungen, die Umsetzung von Gesetzesartikeln und viele weitere Punkte werden engagiert erörtert.

Vierorts dienen Sektionsversammlungen gleichzeitig auch der Aussprache mit den Vorgesetzten. Stets geschätzt wird es auch, wenn sich ein Mitglied des Regierungsrates die Zeit nimmt, eine Sektion zu besuchen.

Zwei neue Sektionen

Mit Freude können wir zur Kenntnis nehmen, dass sich im Jahr 2006 zwei neue Sektionen formiert haben. Im Zusammenhang mit der Integration der Stadt- und Universitätsbibliothek Bern in die Universität hat sich die neue Sektion «Verband Bibliotheksangestellte Kanton Bern» gebildet, die schon über 50 Mitglieder zählt und nächstes Jahr im Verband willkommen geheissen wird.

Als Folge der Auflösung des Bernischen Gymnasiallehrerverbandes haben sich Lehrkräfte an den BSPV gewandt und den Anschluss gesucht. Zur Jahreswende sind bereits 65 Gymnasiallehrerinnen und -lehrer im BSPV dabei, die hoffentlich eine schlagkräftige Sektion bilden werden. Mit mittlerweile sechs Sektionen, die ausschliesslich aus Angestellten des Bildungsbereichs bestehen, wird der BSPV immer mehr auch zu einem wahrnehmbaren Gesprächspartner für Bildungs- und Erziehungsfragen.

Erfreulicherweise haben sich weitere Verbände und Vereine nach einer Mitgliedschaft beim BSPV erkundigt. Es ist zu hoffen, dass dies nicht bloss darauf beruht, dass Veränderungen und Verschlechterungen drohen, sondern auch ein Zeichen für die Einsicht ist, dass nur starke Partner wahrgenommen werden und handeln können.

Geforderte Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hatte im Jahr 2006 einen wesentlich höheren Arbeitsaufwand zu bewältigen als in den Vorjahren. Ein Teil der Zusatzbelastung besteht darin, dass die Geschäftsstelle des BSPV die Geschäftsführung

von «angestellte bern», unserem Dachverband, übernommen hat. Das Engagement bei den Grossratwahlen und die Projektarbeiten für das neue Leitbild stellten ebenfalls einen zusätzlichen Arbeitsaufwand dar.

Zudem stand eine umfassende Erneuerung der Hardware und der Mitgliedersoftware an. Wir wollen als Verband stärker und vor allem schneller auf aktuelle Entwicklungen reagieren können. Dazu brauchen wir vollständige Daten unserer Mitglieder und insbesondere auch die E-Mail-Adressen. Der

Datenschutz wird dabei nach den üblichen Standards gewährt bleiben.

Schon bald 100 Jahre BSPV

Und wenn es uns noch gelingt, unsere Verbandspublikationen und unseren Internetauftritt zu verbessern, ist das ein kleiner Schritt in eine offene und moderne Verbandszukunft. Das hundertjährige Bestehen des BSPV im Jahr 2012 soll von einem aktiven und quicklebendigen Verband begangen werden können.

Aktive Verbandsorgane

Die Geschäftsleitung führte im Berichtsjahr 15 Sitzungen durch und behandelte 234 Traktanden. Die Geschäftsleitung setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Roland Seiler, Präsident

Gisela Basler, Vizepräsidentin

Erwin Balsiger, Kassier

Otto Aeby, Erich Frauenfelder, Pierre-André Musy, Claude Röthlisberger, Christian Stauffer

Der Zentralvorstand tagte am 10. Mai in Bern und am 20. Oktober in Madiswil.

Die Abgeordnetenversammlung fand am 30. Juni im Grossratssaal des Rathauses in Bern statt. Unter dem Titel «Grenzen des Abbaus beim Service public» orientierte Nationalrat Christian Levrat, Zentralpräsident der Gewerkschaft Kommunikation, über die Privatisierung der Swisscom.

Die Geschäftsstelle wird von den folgenden Mitarbeitenden betreut:

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer

Peter Staub, Assistent, stellvertretender Geschäftsführer ab 1. Januar 2007

Esther Ritter und Mila De Toffol, Sekretariat

Dachverband «angestellte bern»

Erfolg bei Wahlen

Unter dem Namen «angestellte bern» haben sich die wichtigsten Angestelltenorganisationen des Kantons Bern vor längerer Zeit zusammengeschlossen. Gemeinsam werden Vernehmlassungen erarbeitet.

Zentral ist auch die Mitarbeit in den Kommissionen des Kantons (Volkswirtschaftskommission, Berufsbildungsrat) sowie die Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern.



Bei den Grossratwahlen erzielte «angestellte bern» mit 13 Gewählten von 17 Vorgesetzten einen Grosse Erfolg.

Auf den 1. Januar 2006 wechselte die Geschäftsführung von LEBE zum BSPV. Der Geschäftsführer des BSPV wurde dadurch auch Geschäftsführer von «angestellte bern».



Mitgliederentwicklung 2006

Erfreuliche Mitgliederzunahme

Ende Jahr hat unser Verband 32 Mitglieder mehr als im Vorjahr. Der Verband konnte in einer schwierigen Zeit wachsen. Im Vorjahr war noch eine leichte Abnahme von 75 Mitgliedern zu verzeichnen gewesen.

Der Zuwachs ist hauptsächlich den beiden neuen Sektionen Bibliotheken und Gymnasiallehrer sowie der erfreulichen Entwicklung des Polizeiverbandes zuzuschreiben. Wir hoffen, dass mit der Umsetzung des Projekts Police Bern unser Verband weiter wachsen

und an Schlagkraft gewinnen wird. Die Umsetzung der Bezirksreform wird uns hingegen tendenziell eher schwächen.

Sektion	Bestand am 31. 12. 2005	Bestand am 31. 12. 2006	Zunahme	Abnahme
Anstalt Hindelbank	65	65	–	–
Anstalt Thorberg	55	54	–	1
Anstalt Witzwil	67	63	–	4
Automobilexperten	53	50	–	3
BerufsberaterInnen	34	34	–	–
Betreibungs- und Konkursbeamte	38	35	–	3
Bibliotheksangestellte neue Sektion	0	51	51	–
Dozierende Berner Fachhochschule	149	152	3	–
Einzelmitglieder	286	264	–	22
Fischereiaufseher	9	8	–	1
Förster	69	66	–	3
Forstwarte und Waldarbeiter	37	35	–	2
Gemeindepersonal Zollikofen	35	32	–	3
GerichtsschreiberInnen	28	28	–	–
GrundbuchverwalterInnen	27	27	–	–
Gymnasiallehrkräfte neue Sektion	0	62	62	–
Handwerker/Technisches Personal	132	136	4	–
Höhere Angestellte	104	92	–	12
Inselspital	85	79	–	6
Jugendheim Prêles	45	39	–	6
Massnahmenvollzug St. Johannsen	35	35	–	–
Personalverband Sozialversicherung	94	91	–	3
Pfarrverein	391	395	4	–
Polizeiverband Bern Kanton	1019	1058	39	–
Psychiatriezentrum Münsingen	81	75	–	6
Psychiatrische Klinik Bellelay	17	14	–	3
Regierungsstatthalter	23	23	–	–
Schulinspektoren	17	20	3	–
Strasseninspektoren	13	13	–	–
Strassenmeister (8 Sektionen)	227	215	–	12
Unidozentenverein	89	94	5	–
Union du Personnel	31	40	9	–
Universitätspsychiatrischer Dienst	33	32	–	1
Unterhalt Autobahn	62	61	–	1
Verband Bernischer RichterInnen	137	136	–	1
Verein Forstingenieure	28	27	–	1
Verein Lehr- und Beratungskräfte	89	83	–	6
Vereinigung Bernischer Ortsgruppen	934	896	–	38
Wildhüter	29	29	–	–
Aktive inkl. Doppelmitglieder	4667	4709	42	–
davon Doppelmitglieder	11	10	–	1
Aktive ohne Doppelmitglieder	4656	4699	43	–
Rentnervereinigung	1666	1655	–	11
Total Mitglieder	6322	6354	32	–

Dienstleistungen

Zahlreiche Vorteile einer Mitgliedschaft

Was bei Medikamenten häufig ein Problem darstellt, hat beim BSPV einen positiven Aspekt: die Nebenwirkungen. Beim BSPV bestehen die Nebenwirkungen der Mitgliedschaft aus den so genannten Dienstleistungen.

Die wichtigsten Dienstleistungen des BSPV sind und bleiben zweifellos die Rechtsberatung und der Rechtsschutz. Bei rechtlichen Problemen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz leistet dabei der Verband in der Regel volle Kostengutsprache für die Anwalts- und Verfahrenskosten. Im Berichtsjahr wurde erneut ein Kurs für das korrekte Verhalten an Mitarbeitergesprächen erfolgreich durchgeführt.

Neun neue Rechtsschutzgesuche

Im Berichtsjahr musste die Geschäftsleitung 9 (Vorjahr 11) Mitgliedern neu den Rechtsschutz gewähren. 13 (16) Rechtsschutzfälle konnten abgeschlossen werden.

Während bei den Verfahren, welche den Beizug eines Anwalts erfordern, eine Abnahme zu verzeichnen ist, nahmen die durch die Geschäftsstelle direkt betreuten Beratungsfälle nochmals zu. Die anstehenden Wiederwahlen bei den Pfarrern und die Kantonalisierung der Hochschule für Wirtschaft und Ver-

waltung HSW Bern führten zu einer erhöhten Beratungstätigkeit. Der ständig erhöhte finanzielle Druck und die gehäufte Zahl von Reorganisationen in zahlreichen Bereichen schlugen zudem vielerorts auf die Stimmung und das Arbeitsklima durch.

Konflikte entstehen öfters auch durch das Wirken externer Experten, die zwar eine interessante Aussensicht einbringen, jedoch die speziellen Verhältnisse des Kantons Bern und des öffentlichen Rechts nicht immer genügend kennen. Es ist zu hoffen, dass die im Rahmen des Projekts Contenta in Aussicht genommene Verwendung verwaltungseigenen Know-hows diese Missstände wenigstens zum Teil beheben wird.

Fakultativer Privatrechtsschutz

Der bewährte Verbandsrechtsschutz deckt Streitigkeiten ab, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen.

Für andere Rechtsgebiete bietet der BSPV eine fakultative Rechtsschutzversicherung an.

Kollektiv-Krankenversicherung KPT

Mit der Krankenkasse KPT hat der BSPV vor ein paar Jahren einen Kollektivvertrag abgeschlossen, welcher den Verbandsmitgliedern beachtliche Vergünstigungen auf den nicht obligatorischen Versicherungen bietet.

Bei der Spitalkostenversicherung beträgt der Rabatt 15 Prozent, in den Bereichen «Krankenpflege-Plus» und «Natura» zehn Prozent.

COOP Versicherung

Ebenfalls zehn Prozent Spezialrabatt gewährt die COOP Versicherung den BSPV-Mitgliedern auf den günstigen Prämien für Auto- und Hausratversicherungen.

BSPV-Rabattliste

Die BSPV-Rabattliste weist rund fünfzig Geschäfte auf, bei denen BSPV-Mitglieder von Spezialrabatten profitieren.

Im Herbst fand wiederum die bereits zur Tradition gewordene 20-Prozent-Rabatt-Woche bei Universal-Sport statt.

«diagonal»

Einen direkten Kontakt zwischen Verbandsleitung und Basis bietet die seit 92 Jahren bestehende Verbandszeitung «diagonal».

Im Berichtsjahr erschienen wie üblich neun Ausgaben, welche einen Gesamtumfang von 116 Seiten (Vorjahr 112) aufwiesen. Neben der Verbandszeitung finden die BSPV-Mitglieder die wichtigsten Informationen stets aktuell auf der ständig leicht ausgebauten BSPV-Homepage www.bspv.ch, welche auch Möglichkeiten zur direkten Kontaktaufnahme mit der BSPV-Geschäftsstelle bietet.

Totentafel

2006 verstarben 53 Mitglieder

Ackermann Walter, Lausanne
Balli Marcel, Bern
Barth Sebastian, Huttwil
Baumberger Hansueli, Koppigen
Beck Walter, Oey
Berger Paul, Ortschwaben
Besançon Pierre, Biel/Bienne
Bürki Francine, Spiegel b. Bern
Bürki Gotthelf, Liebefeld
Capra-Lüthi Margrit, Thun
Christen Gottlieb, Herzogenbuchsee
Clausen Joseph, Bern
Dubler Hans, Gümligen
Fischer Max, Münsingen

Furer Werner, Bern
Gysler Beat, Burgdorf
Hadorn Peter, Zollikofen
Heiniger Käthi, Bern
Herrmann Maria, Orpund
Huser Franz, Ins
Inäbnit Karl, Meiringen
Iseli Hans, Feutersoey
Junker Fritz, Rapperswil BE
Krebs Rudolf, Münsingen
Mathys Fritz, Zollikofen
Meier Hans, Biel/Bienne
Merlach Ernst, Zollikofen
Müller Ruedi, Brenzikofen

Neuenschwander Ruth, Bern
Piller-Bütikofer Meggie, Bern
Rickli Alfred, Kirchberg-Alchenflüh
Rossé Claude, Reconvilier
Schär Willy, Jegenstorf
Schindler Paul, Worb
Siebert Hartung, Zollikofen
Sommer Max, Bern
Spiess Gabriella, Brig
Staub Christian, Riggisberg
Steffen Walter, Bern
Stettler Fritz, Bern
Theurillat Yves, Moutier
Tschanz Heinrich, Thun

Vifian Arthur, Brienzwiler
Wälti Eugen, Thun
Weiss Elli, Bern
Wildi Jacques, Clarens
Wyder Ernst, Thun
Zugg Fritz, Münsingen
Zugg Hanni, Zollikofen
Zeindler Hans, Bern
Zimmermann Alfred, Langnau i.E.
Zoss Paul, Huttwil
Zurflüh Jakob, Arni BE



Wir gratulieren

Dienstjubiläen 2006

Auch 2006 konnten zahlreiche Verbandsmitglieder ein Dienstjubiläum feiern. Der BSPV gratuliert herzlich.

40 Dienstjahre / 40 années de service

Balsiger Erwin, Schliern b. Köniz
Etter Walter, Evilard
Gilgen Kurt, Thun
Glanzmann Max, Hindelbank
Gruber Friedrich, Gümligen
Jordi Rudolf, Bern
Pache Jean-François, Lécheltes
Peytrignet René, Bätterkinden
Reber Fritz, Hünibach
Studer Hans, Niederhünigen
Wüthrich Urs, Urtenen
Zwahlen Andreas, Krauchthal

25 Dienstjahre / 25 années de service

Aeschmann Marianne, Solothurn
Allemann Markus, Spiegel b. Bern
Ambs Daniel, Walperswil
Ammann Martin, Jegenstorf
Amstutz Paul-Christian, Hilterfingen
Andres Urs, Münchenbuchsee
Arn Beatrice, Rüfenacht BE
Aufschläger Matthias, Bern
Badertscher Susanne, Oberburg
Bärtschi Rudolf, Münsingen
Berset Max, Gümligen
Bessire Niklaus, La Neuveville
Beyeler Martin, Ittigen
Bieri Markus, Boll
Bill Franz, Moosseedorf
Blunier Rudolf, Hindelbank
Briker Anton, Prêles
Brügger Peter, Münsingen
Buchmann Stephan, Saxeten
Burger Alfredo, Thun
Bürki Fritz, Herrenschwanden
Christen Ernst, Urtenen
De Bruin Therese, Hindelbank
De Limoges Denis, Bern
Eggenschwiler Urs, Laupen BE
Ehrbar Peter, Wimmis
Ehrlich Jiri, Muri b. Bern
Fahrni Heinz, Kirchberg BE
Fiechter Ernst, Eriswil
Fleury Jean-Paul, Roches BE

Flückiger Heinz, Worb
Gerber Rudolf, Bern
Gfeller Werner, Fraubrunnen
Girardbille Pascal, Reconvilier
Glauser Heinrich, Bolligen
Graber Niklaus, Vinelz
Graber Werner, Bern
Grädel Rolf, Bern
Graf Edwin, Thun
Hählen Hans, Münsingen
Haussener André, Schnottwil
Haussener Christian, Langnau i.E.
Hebeisen Rudolf, Ostermündigen
Hegg Kurt, Erlach
Heimberg Barbara, Thun
Heng Marlise, Thun
Hirt Dieter, Münsingen
Hostettler Verena, Längenbühl
Houstek Georg, Hünibach
Hühn Elisabeth, Boll
Ingold Thomas, Biel/Bienne
Jaun Beat, Boll
Jost Heinz, Rümliken
Juillerat Maria Dolores, Bévillard
Kämpfer Urs, Ittigen
Käser Erich, Bellmund
Kaufmann Alfred, Bolligen
Keller Adrian, Burgdorf
Kneubühl Hans Rudolf, Ins
Knutti Michel, Bösinggen
Kraemer Martin, Laupen BE
Kuert Simon, Langenthal
Leuenberger Martin, Utzenstorf
Lüdi Beat, Moosseedorf
Luterbacher Hans, Rüfenacht BE
Lüthi Samuel, Uetendorf
Lysser Jürg, Aarwangen
Mägert Hansulrich, Goldswil b. Interlaken
Maler Catrin, Krattigen
Marschall Christine, Muri b. Bern
Marti Christian, Thun
Maurer Hans, Melchnau
Meile Daniel, Büren an der Aare
Mengelt Bruno, Langnau i.E.
Merk Willi, Wiler b. Utzenstorf
Michel Florian, Ins
Monti Vincenzo, Grosshöchstetten
Moser Fritz, Biglen
Moser Rudolf, Gals
Mosimann Jakob, Mittelhäusern
Müller Hans-Konrad, Ittigen
Müller Heinz, Burgdorf
Muth Sabine, Hasle-Rüegsau
Nydegger Richard Ernst, Laupen BE

Oesch Gottfried, Worblaufen
Pfeuti Erich, Kräiligen
Probst Liselotte, Grossaffoltern
Reber Heinz, Münchenbuchsee
Reinhard Marcel, Ipsach
Rentsch Jakob, Utzenstorf
Riesen Jürg, Biel/Bienne
Ritter Ruedi, Hasle-Rüegsau
Romero Roberto, Bévillard
Rösti Adolf, Frutigen
Röthlisberger Paul, Oeschenbach
Röthlisberger Paul, Zollikofen
Sägesser Hans, Thörigen
Sauter Urs, Biel/Bienne
Schaer Christoph, Hinterkappelen
Schenk Andreas, Münchenbuchsee
Schenk Hans-Ulrich, Rubigen
Schläppi Margaretha, Liebefeld
Schmutz Fritz, Wengi b. Büren
Schneider Thomas, Burgstein
Schneider Ursula, Bern
Schnell Renate, Innerberg
Schüpbach Martin, Wattenwil
Scorrano Gabriella, Biel/Bienne
Siegenthaler Peter, Urtenen-Schönbühl
Spreng Marco, Steffisburg
Stähli Hans Arnold, Schönbühl-Urtenen
Stalder Heinz, Steffisburg
Stauffer Anton, Aarberg
Steger Jean-Pierre, Ittigen
Steiner André, Court
Stierli Markus, Bern
Stücklin Christoph, Ittigen
Tanner Fritz, Treiten
Urech Peter, Burgdorf
Vogt Eugen, Hindelbank
Von Arx Max, Niederönz
Von Arx Urs, Biel/Bienne
von Orelli Jürg, Lätti
Wahli Pierre-André, Corcelles
Weber Roland, Thun
Weibel Bruno, Konolfingen
Weibel Urs, Wiler b. Utzenstorf
Werren Katharina, Hünibach
Weyermann Lorenz, Spiez
Wille Marianne, Bern
Witschi Fritz, Lyss
Wolf David, Oberbalm
Wymann Herbert, Münsingen
Zaugg Werner, Rosshäusern
Ziegler Annikäthi, Liebefeld
Zumbrunn Kurt, Meiringen
Zürcher Willy, Moutier
Zwahlen Martin, Hinterkappelen

